

AFM+E

Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V.



Die Folgen der Energiewende für die Seehäfen Norddeutschlands

**Vortrag von Prof. Dr. Michael Bräuninger,
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut**

Mit einem Auszug aus dem Jahresrückblick 2012 von Dr. Christian Flach,
Vorsitzender des Vorstandes des AFM+E

INHALT

2 Auszug aus dem Jahresrückblick 2012

Dr. Christian Flach,
AFM+E – Aussenhandelsverband für Mineralöl
und Energie e.V.

5 Zusammenfassung des Vortrags „Die Folgen der Energiewende für die Seehäfen Norddeutsch- lands“

Prof. Dr. Michael Bräuninger,
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)



Dr. Christian Flach,
Vorsitzender des Vorstandes
des AFM+E

Auszug aus dem Jahresrückblick 2012 von Dr. Christian Flach, Vorsitzender des AFM+E Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie, anlässlich des Mitgliedergesprächs in Hamburg im Dezember 2012

Der aktuelle World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur IEA geht von einem deutlichen Wachstum der Energieträger Erdöl und Erdgas aus. Neue Förderprojekte vor allem in den USA, aber auch im Irak und in Australien werden zu der Aufwärtsentwicklung beitragen. Die Peak Oil-Anhänger haben wieder einmal das Nachsehen.

Das Wachstum wird aber außerhalb Europas stattfinden, während der Absatz in Deutschland eher weiter rückläufig sein wird.

Der IEA-Bericht streicht aber auch zu Recht die Wichtigkeit des Themas Energieeffizienz im Zusammenhang mit der Klimaschutzfrage heraus.

Da ist es dann umso enttäuschender, dass es die Branche nicht geschafft hat, die Oel Effizienz-Initiative zum Laufen zu bringen, mit der wir die Modernisierung der vielen veralteten Ölheizungsanlagen vorantreiben wollten.

Viele Unternehmen waren bereit, mitzumachen, aber eben nicht genug. Sprich: Wir haben die angestrebte Marktabdeckung von 95 Prozent nicht erreicht.

Die beteiligten Verbände, vor allem das IWO Institut für Wärme und Oeltechnik, haben sich sehr ins Zeug gelegt, um die Unentschlossenen zu überzeugen.

Ich persönlich habe die Bedenken einiger Unternehmen des Handels und der Raffinerie-Industrie nicht nachvollziehen können. Denn mit der Effizienz-Initiative sind meiner Meinung nach mehr Chancen als Risiken verbunden. Sie verleiht uns Gestaltungsspielräume, die uns verschlossen bleiben, wenn Effizienzpolitik allein durch den Gesetzgeber definiert wird.

Zumindest haben wir erreicht, dass das Konzept der Förderinitiative vom Bundeswirtschaftsministerium als alternative Erfüllungsmaßnahme für mögliche Verpflichtungen von Energielieferanten aus der Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie anerkannt ist. Von daher könnte unsere Effizienz-Initiative in naher Zukunft durchaus noch einmal auf die Tagesordnung kommen.

Raffineriemargen verdoppelt

Wie sah das Jahr 2012 nun in unserem Kerngeschäft aus? Auf der Versorgungsseite hatten die Raffinerien das Glück auf ihrer Seite – nicht nur in Deutschland, sondern auch jenseits der Grenzen. Exemplarisch kann man das im letzten Quartalsbericht der TOTAL ablesen, nach dem sich die Raffineriemargen in den ersten neun Monaten von 2012 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode verdoppelt haben.

Die Mineralölversorgung Deutschlands hat sich vor diesem Hintergrund verstärkt auf Raffinerien gestützt. Die inländische Produktion von Mitteldestillaten nahm zu. Die Importe von Mineralölprodukten fielen dagegen deutlich zurück. Davon betroffen waren vor allem Kraftstoffe und Heizöl.

2012 ist also insofern nicht unbedingt das Jahr des deutschen Mineralöl-Importhandels.

Was heißt das für uns als unabhängige Händler? Ungeachtet der Herausforderungen, vor denen wir stehen, bin ich überzeugt, dass sich uns viele Chancen bieten und unsere mittelständischen Energieunternehmen weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Denn Deutschland ist nicht nur auf Importe von Diesel, Heizöl und Flugkraftstoffe angewiesen. Der unabhängige Handel füllt auch mehr und mehr Lücken, die die internationalen Ölgesellschaften durch den Rückzug aus verschiedenen Aktivitäten hinterlassen. Wir haben immer wieder bewiesen, dass wir als Mittelständler durch Unternehmergeist und Risikobereitschaft nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern gerade auch interessante neue Geschäftsfelder und -aktivitäten entwickeln. Unsere Mitgliedsfirmen entdecken immer wieder eigene Marktnischen; wir werden daher zu Recht als Innovationsmotor angesehen.

Wir stellen Versorgungssicherheit her und stehen für fairen Preiswettbewerb. Darauf können wir meiner Meinung nach stolz sein und auch in herausfordernden Zeiten aufbauen.

Bürokratiemonster und Mittelstandskiller

Wenn wir auf die Verbandsarbeit schauen, können wir zufrieden sein mit dem, was der AFM+E und unser Dachverband MEW Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland in diesem Jahr im politischen Raum erreicht haben.

Im Vordergrund stand ganz klar das gemeinsame Ringen um das Markttransparenzstellen-Gesetz. Wäre der erste Gesetzesentwurf durchgewunken worden, wäre das für uns teuer geworden.

Beinahe endlose Datenmeldungen wurden verlangt – Absatzmengen und Preise sowohl im Großhandel als auch im Tankstellengeschäft. Ohne zusätzliches Personal und Technik wäre das nicht zu bewältigen gewesen.

Hochrechnungen zufolge standen knapp 200 Millionen Euro einmaliger Erfüllungsaufwand und 3 Millionen Euro laufende Kosten im Raum.

Für den AFM+E gab es im politischen Prozess der Meinungsbildung daher nur ein Ziel:

Die Regelung bezüglich der Meldung von Großhandelsmengen und -preisen zu kippen. Wir haben unseren Standpunkt mehrfach mit großer Klarheit gegenüber Energiepolitikern und Ministerien zum Ausdruck gebracht.

Im Mittelpunkt der öffentlich geführten Debatte standen jedoch nicht so sehr die Meldungen des Großhandels, sondern in erster Linie die Tankstellenpreise. Da war große Politik angesagt und jeder wollte mitreden.

Richtig war, dass in der heißen Phase der politischen Debatte unser Dachverband MEW und seine Mitgliedsverbände AFM+E sowie BFT auf der einen und der Mineralölwirtschaftsverband auf der anderen Seite eng zusammengearbeitet haben.

Bei den Politikern der Regierungsparteien stießen unsere Vorschläge auf fruchtbaren Boden – auch deshalb, weil sie mittlerweile gelernt hatten, dass das ursprüngliche Modell ein Bürokratiemonster und einen Mittelstandskiller schaffen würde.

Erfolgreiche Verbandsarbeit

Am Ende des Prozesses hat sich die Politik auf die Meldung von Tankstellenpreisen geeinigt und auch akzeptiert, dass sie eine Bagatellgrenze für die Meldepflicht kleiner Stationen einführen muss. Mit diesem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein. Der Großhandel ist sogar vollständig von der ursprünglich geplanten Meldepflicht ausgenommen worden.

Als weiteres Highlight der Verbandsarbeit möchte ich die Diskussion um die Verordnung nennen, mit der die Nutzung pflanzlicher Altspeisefette und -öle und deren doppelte Gewichtung auf die Biokraftstoffquote geregelt wird. Hier haben wir durch einen intensiven Gedanken- und Informationsaustausch das

Bundesumweltministerium überzeugt, den ursprünglichen Verordnungsentwurf zu überarbeiten. Mit der nunmehr verabschiedeten Version können wir sehr gut leben.

Wir können nicht nur zufrieden sein mit der Verbandsarbeit in Berlin und Bonn, sondern auch mit der in Brüssel. Dort muss sich unser europäischer Dachverband UPEI mit einer Vielzahl von Angelegenheiten auseinandersetzen – etwa mit der Kraftstoffkennzeichnung in Europa oder einer Raffineriarbeitsgruppe, bei der wir sehr genau aufpassen müssen, dass sich die unter Überschusskapazitäten leidenden Raffinerien nicht Vorteile verschaffen zulasten des freien Mineralölhandels.

- www.afm-verband.de
- www.energiemittelstand.de
- www.upei.org

Zusammenfassung des Vortrags „Die Folgen der Energiewende für die Seehäfen Norddeutschlands“

In Deutschland ist die Energiewende beschlossen. Um die Folgen beurteilen zu können, müssen die Ursachen und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht werden. Eine Analyse der Rohstoffreserven zeigt, dass fossile Energieträger noch reichlich vorhanden sind; sie sind jedoch endlich, ihre Förderkosten steigen. Bei den derzeitigen Preisen lohnt sich der Abbau von nicht konventionellen Gas- und Ölvorkommen. Da die Gasvorkommen leichter abzubauen sind als die Ölvorkommen, könnte eine weitere Substitution von Öl durch Gas stattfinden. Dies wäre mit einer Abkoppelung der Öl- und Gaspreise verbunden. Global werden erneuerbare Energien in den nächsten zwanzig Jahren die größten Wachstumsraten aufweisen, aber gleichwohl bleiben sie noch lange von untergeordneter Bedeutung. Bei einer solchen globalen Entwicklung wird der CO₂-Ausstoß weiter zunehmen. Das bedeutet, dass die Anpassung an den Klimawandel weiter an Bedeutung gewinnt.

Zeitplan der Energiewende nicht zu halten

Die Ziele der Bundesregierung im Rahmen der Energiewende sind ausgesprochen anspruchsvoll. Dies gilt sowohl für Energieeinsparungen, als auch für die Wende zur Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien. Beim Energieverbrauch ist eine Trendwende angestrebt. Bisher ist der Stromverbrauch der Unternehmen und der Haushalte im Trend gestiegen. Jetzt soll der Trend fallen. Dabei wächst die Industrieproduktion: In der Vergangenheit lag das Trendwachstum bei drei Prozent. Wenn sich diese Entwicklungsrichtung in der Zukunft fortsetzt, werden schon drei Prozent Effizienzsteigerung benötigt, um den Energieverbrauch der Industrie konstant zu halten. Die Haushalte verwenden zwar immer effizientere Geräte, aber viele Geräte, wie Kühlschränke und auch Fernseher, werden immer größer. Außerdem steigt die Zahl dieser Geräte in den Haushalten. Somit ist es auch hier fraglich, ob die Trendwende erreicht werden kann.



Prof. Dr. Michael Bräuninger,
Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Die Herausforderung bei der Stromerzeugung besteht darin, dass nicht nur die fossilen Energieträger, sondern auch die Kernkraft durch erneuerbare Energien ersetzt werden sollen. Realistisch erfordert dies, dass für einige Zeit weiterhin Kohle und Gas verwendet werden müssen. Die Potenziale der erneuerbaren Energien liegen vor allem im Norden Deutschlands – und hier ganz besonders im Offshore-Wind-Bereich. Der Strombedarf liegt vor allem im industriestarken Süden, wo das Abschalten der Kernkraftwerke die größte Lücke hinterlässt. Bisher fehlen die Netze zum Transport des Stroms vom Norden in den Süden. Darüber hinaus fehlen Speicherkapazitäten und intelligente Netze für die Synchronisation zwischen Stromangebot und -nachfrage. Die notwendige Infrastruktur kann

durch Investitionen aufgebaut werden. Dafür sind jedoch hohe Kosten zu tragen. Außerdem würde das erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, um eine Abstimmung der verschiedenen Bereiche zu ermöglichen. Der bisherige Zeitplan der Energiewende wird deshalb nicht zu halten sein.

Handlungsbedarf für die Häfen

Neben dem Stromsektor sollen auch der Verkehrssektor und der Wärmebereich umgestaltet werden. In der Vergangenheit gab es im Verkehrssektor kontinuierliche Effizienzgewinne. Diese wurden jedoch durch eine Ausweitung der Fahrleistungen kompensiert. Dabei hat eine Substitution von Benzin durch Diesel stattgefunden. Sie wird sich zukünftig fortsetzen, aber langsamer vollziehen. Elektroautos und Biokraftstoffe werden den Beitrag von erneuerbaren Energien im Verkehrssektor vergrößern, was jedoch einen sehr allmählichen Prozess darstellt. Ähnlich sieht es im Wärmebereich aus. Zwar sind Neubauten sehr viel effizienter als die bestehenden Gebäude und ein Teil des Gebäudebestands wird saniert, aber die Neubau- und Sanierungsraten sind gering. Deshalb ändert sich die energetische Qualität des Gebäudesbestands nur träge. Auch die Ersatzraten bei den Heizungen sind gering. In der Vergangenheit wurden Ölheizungen überwiegend durch Gasheizungen, manchmal auch durch Fernwärme ersetzt. Dieser Prozess wird sich fortsetzen, aber deutlich verlangsamen, da immer mehr der ölbeheizten Häuser nicht über die notwendige Netz-anbindung verfügen.

Insgesamt sprechen die Trends im Strom-, Verkehrs- und Wärmebereich dafür, dass die Importe von Kohle und Öl weiter zurückgehen, aber deutlich verzögert. Insofern besteht für die Häfen Handlungsbedarf aber auch Zeit zur Anpassung. Ein weiterer Handlungsbedarf für Häfen besteht durch neue Anforderungen im Schifffahrtsbereich. Derzeit ist die Schifffahrt für etwas über drei Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Diese werden zukünftig entweder durch Einbeziehung in den CO₂-Handel, oder durch direkte Regulierung reduziert. Dabei könnte auch die Umstellung von Teilen der Flotte auf alternative Antriebe, zum Beispiel LNG (liquefied natural gas), erforderlich sein. Außerdem werden die Umweltauflagen in den Häfen weiter steigen. All dies wird erhebliche Investitionen in den Häfen zwingend erfordern.

Die Präsentationscharts können hier heruntergeladen werden.

→ [Präsentationscharts](#)

AFM+E Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e. V.

Geschäftsführer: Rainer Winzenried

Büro Berlin: Jägerstraße 6 · D-10117 Berlin · Telefon (030) 22 605 976 · Telefax (030) 22 605 978

info@afm-verband.de · www.afm-verband.de

Der AFM+E ist Mitglied im MEW Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V.